

GÜNTHER SCHLEE

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR ETHNOLOGISCHE FORSCHUNG, HALLE (SAALE)

Wie Terroristen gemacht werden



© CT Snow from Hsinchu, Taiwan/Wikimedia Commons

Die Franzosen haben ein Sprichwort: „*Tout comprendre c'est tout pardonner*“ – ‚Alles zu verstehen, heißt alles zu verzeihen.‘ Bei aller Sympathie für unsere Nachbarn muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass dies ein ganz besonders dummer Spruch ist. Etwas zu verstehen, heißt noch lange nicht, es zu verzeihen. Das Alltagsleben fließt über von Beispielen, mit denen man dies belegen kann. Der verdeckte Ermittler muss nicht nur das Kalkül des Kriminellen rational nachvollziehen, sondern er braucht auch Empathie, d. h. er muss wie der Kriminelle fühlen können. Er muss ihn also im vollen Sinne des Wortes „verstehen“ und er liefert ihn trotzdem der Polizei aus. Ebenso tut das geschlagene Kind gut daran, die Innenwelt des gewalttätigen Vaters in den eigenen Vorstellungen zu modellieren, und daran, dessen Launen und Alkoholpegel einschätzen zu können. Das ist eine Überlebensfrage, die mit Verzeihen nichts zu tun hat. Solche Beispiele ließen sich beliebig vermehren. *Tout comprendre ce n'est pas tout pardonner.*

Dass durch gewaltförmige Konflikte unermessliches Leid ausgelöst wird, steht außer Frage. Außerdem gibt es messbare Effekte. Trotz des aus guten Gründen gewachsenen öffentlichen Interesses für klimatische Risiken und trotz der Aktualität wirtschafts- und währungspolitischer Fragen gibt es Gründe dafür, anzunehmen, dass Gewalt immer noch das größte Entwicklungshemmnis und die wichtigste Ursache für Elend in der Welt ist. Sie vernichtet menschliches Potenzial und Infrastruktur, macht erfolgte Investitionen zunichte und verhindert zukünftige, und sie führt zu sinnvollen, aber teuren Sicherheitsmaßnahmen ebenso wie zu Angstreaktionen, die sehr teuer werden können, ohne sinnvoll zu sein. Man blicke nur auf die Zahl der Toten im Straßenverkehr, die dann steigt, wenn Reisende aus Angst vor Terror-

attacken das Flugzeug meiden. Gewalt besser zu verstehen, realistischer einzuschätzen, am besten auch potenzielle Gewalteskalation zu erkennen und ihren Ausbruch zu verhindern, ist also ein lohnendes Ziel. Dass das Verstehen von Gewalttätern nichts damit zu tun hat, ihr Verhalten zu verzeihen oder gar gutzuheißen, sollte dabei klar sein.

Gewalt zu verstehen ist leichter gesagt als getan. In unserer medialen Umwelt, die die meisten von uns, einschließlich der politischen Entscheidungsträger, stärker prägt als die Wissenschaft dies tut, treten einige Effekte auf, die dem Verstehen von Gewalt entgegenwirken. Einer davon geht von den Emotionen aus, die moralische Entrüstung begleiten. Diese führen oft zur Ablehnung, sich mit einer Sache intellektuell auseinanderzusetzen. Der Ausruf „*Dafür habe ich keinerlei Verständnis!*“ drückt nicht den Wunsch nach mehr Verständlichkeit oder besserem Verstehen aus, sondern impliziert, dass man auch nicht verstehen will. Ein anderer ist die Pathologisierung. Man klassifiziert ein Phänomen als krankhaft, deviant, verrückt. Aus ärztlicher Sicht müsste dies natürlich gerade das Erkenntnisinteresse wecken, aber die wenigsten Leute teilen diese ärztliche Perspektive. Gemeint sind solche Äußerungen zumeist als Ausdruck der Ausgrenzung und des Nicht-damit-befassen-Wollens.

Als Beispiel möge der „Islamische Staat“ genügen, der zur Zeit große Teile Syriens und des Irak beherrscht und der diesen Namen wahrscheinlich zu Unrecht führt, weil er nach Ansicht vieler Muslime islamische Werte zutiefst verletzt. Dessen Feindbild ist der schamlose, promiske, gotteslästerliche, kapitalistische Westen, der den IS wiederum als barbarisch und als „Terrormiliz“ bezeichnet. In solchen Konfliktlagen entsprechen oft alle wechselseitigen Beleidigungen

hundertprozentig der Wahrheit, aber es soll nicht der Wahrheitsgehalt dieser Aussagen sein, der hier zur Rede steht. Die Frage ist vielmehr, welche Effekte diese verbalen Ausgrenzungen auf unsere kognitiven Leistungen bei der Erklärung der gewaltsamen Konflikte haben, an denen der IS beteiligt ist. Meine These ist: keine förderlichen Effekte. „Terroristen“ sind Leute, von denen man sich so weit wie möglich abgrenzt, und die Barbarei ist in Deutschland ja auch bereits seit 70 Jahren überwunden, wenn auch nur mit fremder Hilfe, und wir wollen mit ihr nichts mehr zu tun haben. Diese Haltung hilft uns nicht, herauszufinden, wie diese Gewalttäter „ticken“, d.h. ihre Gedanken und Handlungen in unseren Köpfen zu modellieren. Auch bleiben bei dieser betonten Distanz all die Tausende außer Acht, die den IS unterstützen oder zumindest als das kleinere Übel (kein Kunststück bei den gegebenen Alternativen) akzeptieren. Das müssen ja ganz normale Menschen sein. Seit Auschwitz wissen wir übrigens, dass auch die Täter in anderen Kontexten ganz normale Menschen sind. Es müsste doch eigentlich möglich sein, das Verhalten ganz normaler Menschen zu erklären. Offensichtlich fehlt es vielfach an einem ernsthaften Bemühen dazu.

Von solchen Überlegungen ausgehend, hat sich Markus V. Hoehne die Frage gestellt, was in jüngerer Zeit aus einer anderen „Terrormiliz“, Al-Shabaab, in Somalia geworden ist. Die Organisation, aus der Al-Shabaab entstanden ist, nämlich die Milizen der islamischen Gerichte in Mogadischu, war immerhin so bedeutend und wurde von ihren Gegnern als so bedrohlich wahrgenommen, dass Äthiopien mit US-amerikanischer Unterstützung 2007 einen Militärschlag gegen sie unternahm. Nur so konnte die international anerkannte (weil aus einem von der „internationalen Gemeinschaft“ organisierten „Friedensprozess“ hervorgegangene) Regierung von Somalia in der Hauptstadt Mogadischu etabliert werden. (An diesem „Friedensprozess“ war der Autor dieses Beitrags in den Jahren 2002 und 2003 als *resource person* beteiligt, allerdings nicht in einer Position, in der seine eher skeptischen Einsichten große politische Wirkung entfalten konnten.) Die islamischen Gerichtsmilizen verschwanden einfach. Sie waren nicht für den Kampf gegen reguläre, mit schweren Waffen ausgerüstete Streitkräfte geschaffen worden, waren nicht dazu in der Lage und nahmen den Kampf gar nicht erst auf. Mit ihnen verschwanden die islamischen Gerichte, die sich in der Abwesenheit eines funktionierenden Staates als Initiative von unten entwickelt hatten, und die eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung genossen, nicht weil die Somali in für sie untypischer Weise plötzlich von religiösem Eifer und moralischer Strenge erfasst worden wären, sondern weil Geschäftsleute ein wenig Sicherheit für ihr Eigentum und ihre Transaktionen

haben wollten und dafür sehr gerne die Gerichte finanzierten – einer der seltenen Fälle in der Menschheitsgeschichte, in denen Geschäftsleute gerne Steuern zahlten. Diese Gerichte waren ein Rettungsanker in einer Gewaltökonomie, die sich allgemein durchgesetzt hatte und in der große Gewaltunternehmer, die „Warlords“, die bedeutendsten Spieler waren, das Land ausplünderten und Gemeingüter an Ausländer verscherbten (Fischereirechte z.B. oder die Erlaubnis zum Verkippen von Giftmüll). Der „Friedensprozess“ war ein von der „internationalen Gemeinschaft“ organisierter Kompromiss zwischen solchen Warlords. Die international anerkannte Regierung war also eine Regierung, die aus dem organisierten Verbrechen hervorgegangen war. (Nicht die erste und nicht die letzte in der Menschheitsgeschichte. Regierungen, die aus dem organisierten Verbrechen hervorgehen, sind häufiger als Geschäftsleute, die gerne Steuern zahlen.) Jetzt waren also mit dem Segen der Weltgemeinschaft wieder die Warlords an der Macht. Seitdem sind auch Truppen der Afrikanischen Union (AU) im Lande. Diese Entwicklung führte zur Radikalisierung von Teilen der Gerichtsmilizen, aus denen Al-Shabaab entstand. Diese kontrollierten bald so große Teile des Landes, dass die „legitime“, aus dem „Friedensprozess“ hervorgegangene Regierung, die gerade erst mit fremder Hilfe in der Hauptstadt etabliert worden war, sich nicht mehr weit aus der Hauptstadt herausraute. Also musste die „internationale Gemeinschaft“ wieder einschreiten. Kenianische Truppen marschierten 2011 in Somalia ein und stärkten dadurch das Bündnis zwischen Äthiopien, den Streitkräften der Afrikanischen Union, den USA und der Regierung von deren Gnaden. Al-Shabaab verlor daraufhin die Kontrolle über die Städte und war mehr und mehr auf „hit and run“-Aktionen aus der Deckung unübersichtlichen Geländes heraus beschränkt.

**SEIT AUSCHWITZ WISSEN WIR ÜBRIGENS, DASS
AUCH DIE TÄTER IN ANDEREN KONTEXTEN GANZ
NORMALE MENSCHEN SIND.**



Bald kam es zum Erstarren von Al-Shabaab fernab der Eingreiftruppen im Süden des Landes in einem zerklüfteten Küstengebirge ganz im Norden, am Golf von Aden. Die Entwicklung der nördlichen Landesteile, Somaliland und Puntland (beides jüngere politische Kreationen, die auf älteren Landkarten nicht zu finden sind), hat der Ethnologe Markus Hoehne seit Jahren verfolgt. Er spricht, wie es dem Standard unseres Faches entspricht, die Sprache des Landes, hat Zugang zu

den wichtigen Akteuren ebenso wie zu der Stimme des Volkes, die deren Aktionen kommentiert, nimmt sorgfältige Risikoeinschätzungen vor, organisiert seine Sicherheit selber, und ist aus Gegenden, von denen die meisten nie oder nur mit Grauen gehört haben, immer wieder heil zurückgekommen. Dadurch hat er entscheidend zur Analyse aktueller Konfliktlagen beigetragen, die alle neben globalen Bezügen die ebenso wichtigen lokalen Verästelungen aufweisen.



WAS WIR NOCH AUS DIESER GESCHICHTE LERNEN KÖNNEN, IST, WIE TERRORISTEN GEMACHT WERDEN. ES GAB TERRORISTEN AUCH SCHON VORHER, ABER WAS WIR HIER BEOBACHTEN KÖNNEN, IST DIE AUSWEITUNG DIESER KATEGORIE.

In diesem Küstengebirge waren Zink und Koltan gefunden worden, und insbesondere für Letzteres gibt es in den großen, schnell wachsenden asiatischen Volkswirtschaften einen unstillbaren Bedarf. Die Förderrechte waren schnell an einen australischen Konzern verkauft. Als Verkäufer war die Regierung von Puntland aufgetreten, einem halb-autonomen Gebilde im Nordosten des Landes. Der Präsident von Puntland war jedoch durch den beschriebenen „Friedensprozess“ gerade Präsident von ganz Somalia geworden und meldete jetzt Ansprüche der somalischen Bundesregierung an, deren Rechte noch nicht definiert waren, ebenso wenig wie die Rechte der Bundesstaaten, deren genaue Anzahl und Gestalt ebenfalls unklar war. Auch war diese Regierung ja zunächst nicht in der Lage, in ihre Hauptstadt einzuziehen, und traute sich dann nicht wieder so recht heraus. Trotzdem einigte man sich schnell auf die Formel Fifty-fifty. Nur eines war vergessen worden: die lokale Bevölkerung zu befragen und sie in irgendeiner Weise an dem neuen Reichtum teilhaben zu lassen. Der Klan, der dieses Küstengebirge besiedelte (Warsangeli), war kleiner als der, der im übrigen Puntland vorherrschte (Majerteen), gehörte aber zur selben weiteren Klan-Verwandtschaft (Harti). Deswegen meinte die Regierung von Puntland, sich auf die Bruderschaft aller Harti berufen zu können und nicht nach Sonderrechten der lokal vorherrschenden genealogischen Untergruppe (Warsangeli) fragen zu müssen. Genug der Klan-Namen! Was für diese Betrachtung wichtig ist, ist folgendes: Die lokale Gruppe, die hier die Ressourcen „ihres“ Landes beanspruchte, war im Vergleich zu den konkurrierenden Entwürfen von Grup-

pen und deren Gemeinsamkeit relativ klein. Sie unternahm einen beherzten bewaffneten Aufstand, geriet aber bald in Bedrängnis. So überrascht es nicht, dass ihr Hilfe von außen willkommen war.

Der lokale Sheikh hat sich zur Mobilisierung seiner Anhänger gegen die „Ungläubigen“ auf den Islam berufen. Die Linien der Bündnisse, die sich von Puntland nach Mogadischu und von dort nach Äthiopien, Kenia und in die USA ziehen lassen, legen es ja nahe, den Gegner als vom Islam abtrünnig und im Bündnis mit christlichen oder gar gottlosen Mächten darzustellen. Nach ihrer Vertreibung aus dem Süden des Landes hatten Al-Shabaab-Kämpfer hier also rhetorische und ideologische Anknüpfungspunkte. Irgendwann (Hoehne beschreibt das genauer, als wir das hier können) hat dann offenbar Al-Shabaab die Oberhand gewonnen und der lokale Sheikh geriet in Abhängigkeit von ihr.

Wenn wir den Fokus jetzt von lokalen Klänen und deren Allianzen auf das große, das globale Bild richten, sehen wir Folgendes: Die Regierung, die ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung Förderrechte an Rohstoffen verkauft hat (ohne dem Käufer Zugang zu diesen Ressourcen sichern zu können) befand sich in einem globalen wirtschaftlichen Beziehungsnetz. Andere Knoten in diesem Netz waren ein australisches Bergbauunternehmen und Abnehmer in Asien. Gesichert werden sollten diese Beziehungen durch eine politisch-militärische Allianz unter dem Motto *War on Terror*, zu der im engeren Umfeld Äthiopien und Kenia, im weiteren die USA gehören. Durch diese übermächtige Konfiguration war die lokale Bevölkerung gezwungen, sich mit Kämpfern zu verbünden, die gleichermaßen an globale Beziehungen appellierten: an den Kampf „aller Muslime“ gegen den „dekadenten Westen“. Die Reaktion auf große Bündnisse sind große Bündnisse, oder, wo diese nicht zu förmlichen Institutionen reifen können, zumindest Appelle an weltweite Gemeinsamkeiten mit Gleichgesinnten.

Was wir noch aus dieser Geschichte lernen können, ist, wie Terroristen gemacht werden. Es gab Terroristen auch schon vorher, aber was wir hier beobachten können, ist die Ausweitung dieser Kategorie. Die Geschäftsleute von Mogadischu, die sich ein wenig Sicherheit von den islamischen Gerichten versprochen und diese als einzige zur Verfügung stehende Ordnungsmacht förderten, die Bewohner des Küstengebirges, die eigentlich nur Prozente aus dem Erlös des Bergbaus in ihrem Gebiet wollten, die einfachen Somali, die meinten, dass Verbrecherbosse vielleicht nicht die Idealbesetzung für eine Regierung sind – sie alle landeten in dieser Kategorie

und wurden zu Gegnern des „Westens“ in dessen „Krieg gegen den Terror“.

Weiter ist diese Fallgeschichte ein Beispiel dafür, wie eng Ressourcenkonflikte und Prozesse kollektiver Identifikation miteinander verwoben sind. An engere oder weitere Klanbeziehungen wurde appelliert, je nachdem, welche Akteursgruppen engere oder weitere Bevölkerungssegmente an dem Erlös aus der Förderung von Rohstoffen teilhaben lassen wollten. Auch die Kategorie „Terrorist“ durchlief in diesem Zusammenhang eine Entwicklung, nämlich eine beträchtliche Ausweitung, ebenso wie andere Selbst- und Fremdzuschreibungen. Allgemein lässt sich sagen, dass es keine „identitären Konflikte“ im Unterschied zu „Ressourcenkonflikten“ gibt. Die im englischen Sprachgebrauch häufig getroffene Unterscheidung von *identity based conflicts* und *resource based conflicts* ist unsinnig, auch wenn sich schon einige schwer nachvollziehbare Theorien an sie haften, etwa dass identitäre Konflikte unerbittlich seien und Ressourcenkonflikte im Unterschied dazu verhandelbar. Ob jemand sich mit seinen Nachbarn als Angehöriger einer weiteren Klanallianz definiert und mit ihnen Ressourcen teilt oder ob er seine Nachbarn als Abtrünnige vom Islam im Bündnis mit Christen und Gottlosen betrachtet und sich mit Islamisten aus anderen Landesteilen gegen sie verbündet, ist ein Ressourcenkonflikt, der durch Identifikationen (Selbstbeschreibungen und Feindbilder) getragen wird, oder ein Identitätskonflikt mit Implikationen für Ressourcenverteilung: wie man will. Die Frage nach der Identität ist die Frage nach den Subjekten: Wer mit wem gegen wen?, und die Frage nach den Ressourcen ist die Frage nach dem Objekt: Wer beansprucht was, worum geht es? Jede Konfliktanalyse muss beide Fragen beantworten und klären, wie die beiden Perspektiven miteinander zusammenhängen.

Die Abteilung ‚Integration und Konflikt‘ des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung hat „Identifikation“ und „Allianz“ als zentrales Studienobjekt. Durch diese Begriffe sollen Handlungstheorien, die nur von Kalkülen und Motiven von Individuen ausgehen, erweitert und verbessert werden. Eine Theorie nämlich, die Entscheidungen ausschließlich daraus erklärt, welchen Nutzen oder welchen Schaden sie dem Entscheidungsträger als Individuum bringt, ist eine ärmliche Theorie. Wir alle weiten unser Selbst bei vielen Entscheidungsprozessen zu einer Referenzgruppe aus. Unter einer Referenzgruppe sei hier die Gruppe derer verstanden, auf die sich zusätzlich zum Entscheidungsträger selber dessen Kosten- und Nutzenkalküle beziehen, also die Antwort auf die Fragen: Kosten für wen?, Nutzen für wen? Zumindest beziehen wir zumeist unsere Familien in unsere Entscheidungen

ein und überlegen uns, welcher Nutzen und welche Kosten für sie aus unseren Entscheidungen resultieren. Diesen Prozess der Erweiterung des Selbst nennen wir Identifikation. Mit unterschiedlichen Gewichtungen beziehen wir auch andere Menschen als die unmittelbaren Angehörigen in dieses erweiterte Selbst ein. Man kann sich das Ganze als ein Gebilde von konzentrischen Kreisen vorstellen: engere und weitere Verwandtschaft (nach Beziehungen und Einteilungen, die von Sprachgemeinschaft zu Sprachgemeinschaft verschieden sind), engere religiöse Zugehörigkeit (dieselbe Sekte) oder weitere religiöse Zugehörigkeit (Christ, Muslim etc.), engere oder weitere sprachliche Verwandtschaft etc. Welche Kriterien hier hinzugezogen werden, ist von Fall zu Fall und Region zu Region verschieden, ebenso wie die Logik, die diese Identitäten miteinander verbindet: Ob sie sich überschneiden können, ob sie sich wechselseitig ausschließen usw. In dem hier vorgestellten Somali-Fall z. B. spielten engere und weitere Klanzugehörigkeiten eine Rolle sowie eine religiöse Identifikation, die Klanggrenzen zu überwinden trachtete. Wir hätten auch noch näher auf staatliche Einteilungen und Staatsentwürfe eingehen können. Wechselnde Identifikationen mit Somalia, Puntland, Somaliland und der Transfer von Loyalitäten spielten hier auch eine Rolle.

ECHTER ALTRUISMUS, ALSO HILFE GEGENÜBER ANDEREN TROTZ ODER GERADE WEGEN IHRES ANDERSEINS, IST VERGLEICHSWEISE SELTEN.



Nicht durch Ausweitung des Selbst, sondern ausdrücklich durch die Betonung von Unterschieden, wirkt eine andere Bindungsform, nämlich die Allianz oder das Bündnis. Allianzen bestehen immer zwischen verschiedenen Gruppen, Institutionen oder Individuen und dienen der Erreichung eines umschriebenen Katalogs gemeinsamer Ziele. Politische Koalitionen und militärische Bündnisse sind Beispiele für Allianzen. Man kann seinen Alliierten aus zwei Gründen zuarbeiten: Um sie bei der Erreichung gemeinsamer Ziele zu unterstützen oder mit Blick auf mögliche spätere Gegenleistungen. In beiden Fällen handelt es sich sozusagen um unechten Altruismus, weil man dem anderen hilft, aber der letztliche Nutzen doch einem selbst oder denen, mit denen man sich identifiziert, zufließen soll. Auch Hilfe gegenüber denen, mit denen man sich identifiziert, ist in gewisser Weise unechter

Altruismus, weil diese Hilfe ihnen ja aufgrund ihrer Ähnlichkeit zum Akteur und nicht aufgrund ihres Andersseins (ihrer Alterität) zukommt. Echter Altruismus, d.h. Hilfe gegenüber anderen trotz oder gerade wegen ihres Andersseins und ohne die Erwartungen von Gegenleistungen oder Anerkennung durch Dritte, ist vergleichsweise selten und spielt bei der Analyse sozialer und politischer Zusammenhänge eine geringere Rolle als die zwei skizzierten Formen von unechtem Altruismus.

Selbst und durch vielfältige Kooperationen hat das Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung außer Ost- und Nordostafrika die hier skizzierten Zusammenhänge in anderen Teilen Afrikas, insbesondere in den Ländern der Oberen Guinea-Küste, untersucht, die in den neunziger Jahren für ihre miteinander verwobenen Bürgerkriege notorisch waren und im Jahr 2014 durch den Ebola-Ausbruch in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt sind. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt ist Zentralasien, bisher speziell die postsozialistischen Staaten dieser Region, aber auch Afghanistan. Der hier beschriebene Erklärungsansatz hat sich in all diesen Fällen als leistungsfähig erwiesen. Seine Weiterentwicklung und Anwendung auf andere Teile der Welt ist daher vielversprechend.